

Thiel, Thorsten

Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)

Digitalisierung als Kontext politischen Handelns. Republikanische Perspektiven auf die digitale Transformation der Gegenwart

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Thiel, Thorsten (2017) : Digitalisierung als Kontext politischen Handelns. Republikanische Perspektiven auf die digitale Transformation der Gegenwart, In: Jacob, Daniel Thiel, Thorsten (Ed.): Politische Theorie und Digitalisierung, ISBN 978-3-8452-8046-2, Baden-Baden, Nomos, pp. 189-215,
<https://doi.org/10.5771/9783845280462-189>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/193633>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Digitalisierung als Kontext politischen Handelns. Republikanische Perspektiven auf die digitale Transformation der Gegenwart

Thorsten Thiel

1. Einleitung

Der digitale Strukturwandel verändert die Demokratie. Und diese Transformation ist so tiefgreifend wie persistent: Sie wirkt auf die Praktiken bürgerlicher Beteiligung, auf die Konfiguration von Öffentlichkeit und die Art und Weise, wie Macht ausgeübt und rechtfertigt wird. Ähnlich wie bei der Globalisierung, dem anderen Megatrend unserer Zeit, sind die durch Digitalisierung aufgeworfenen Fragen fundamentaler Natur. Wer sie zu beantworten sucht, muss daher immer auch zugleich die zentralen Konzepte reflektieren, mit denen wir unsere soziale und politische Umwelt zu verstehen versuchen. Anders aber als in Bezug auf die Globalisierung, wo diese fundamentale Prüfung auch der Erkenntnisinstrumente schon lange in Gang gekommen ist, wie es zum Beispiel die Erörterung der Rolle von Grenzen oder des Demos für die Demokratie zeigt, steht die demokratietheoretische Reflexion des digitalen Strukturwandels noch am Anfang. Welche unserer Theorien von Demokratie sind geeignet, um die Entwicklungen zu beschreiben und zu bewerten? Und inwiefern und wie muss sich Demokratietheorie wandeln, um den durch Digitalisierung initiierten Veränderungen gerecht zu werden?

Diese grundlegenden Fragen werden im folgenden Kapitel heruntergebrochen auf eine spezielle Tradition der Demokratietheorie: die republikanische Theorie. Ich möchte dabei zeigen, dass zeitgenössische Varianten dieses altherwürdigen Theoriegebäudes nicht nur imstande sind, eigenständige und relevante Positionen zur Digitalisierung zu formulieren, sondern mehr noch, dass sie dazu beitragen können, die im Diskurs stark normativ aufgeladenen, aber nur wenig theoretisch explizierten Positionen zurückzubinden und besser zu begründen. Das republikanische Vokabular erweist sich sowohl als anschlussfähig an viele der an konkreten Phänomenen formulierten Argumente wie auch in seinen Schwerpunktsetzungen und Argumenten als hinreichend distinkt, um einen Unterschied zum oft impliziten liberal-institutionalistischen Verständnis von Demokratie zu

machen, das die meisten Arbeiten im Feld prägt. Während das liberale Verständnis im Allgemeinen Transparenz und direkte Kommunikation durch Digitalisierung positiv hervorhebt und in kritischer Absicht auf den individuellen Datenschutz abstellt, fokussiert ein republikanisches Denken die Art und Weise, wie Digitalisierung die Kontexte kollektiven politischen Handelns verändert. Mittels republikanischer Argumente lässt sich so etwa erörtern, welche Gefahren eine sich fragmentierende öffentliche Meinungsbildung erzeugt, wie sich Herrschaftspraxen wandeln und wie die Möglichkeiten der Gegenmachtbildung zunehmen.

Um dies zu erörtern, werde ich zunächst kurz darstellen, was einen modernen Republikanismus ausmacht und anschließend dann auf Anwendungen republikanischen Denkens im Feld des Digitalen eingehen. Anwendungen wurden bisher hauptsächlich aus zwei Perspektiven unternommen: Mittels einer klassisch republikanischen Sichtweise, die die Folgen des digitalen Strukturwandels in Bezug auf Inklusivität und deliberative Rationalität von Öffentlichkeit thematisiert, und aus der Perspektive der in Theoriediskussionen derzeit äußerst prominenten neorepublikanischen Sichtweise, welche für sich in Anspruch nimmt, ein distinktes und der liberalen Diagnose überlegendes Modell der Herrschaftskritik entwickelt zu haben. Beide Perspektiven haben eine hohe Berechtigung und Aktualität, ich möchte jedoch im dritten Schritt argumentieren, dass sie zumindest noch ergänzt werden sollten um ein republikanisches Verständnis, das aus der pluralistischen Traditionslinie des Republikanismus gespeist wird. Dieses reflektiert, wie digitale Kommunikation die Möglichkeiten politischen Handelns verändert und damit Gegenmachtbildung befördert und erschließt damit noch einmal eine völlig andere Literatur der Digitalisierungsdiskussion. In der Zusammenschau der drei Ansätze zeigt sich, dass das republikanische Vokabular uns tatsächlich in die Lage versetzt, den digitalen Strukturwandel anders zu erörtern und zu bewerten als dies im liberalen Vokabular im Allgemeinen geschieht. Normative Aspekte, die in der öffentlichen Diskussion zwar präsent, aber in ihren theoretischen Argumenten implizit bleiben, lassen sich so in Bezug auf ein ausgearbeitetes und gut begründetes Demokratieverständnis erörtern.

Es ist dabei nicht nur so, dass sich der Nutzen von Politischer Theorie für die gesellschaftliche Reflexion in der detaillierten Auseinandersetzung erweist, es wird vielmehr mindestens ebenso deutlich, dass Politische Theorie aus der expliziten Auseinandersetzung mit dem digitalen Strukturwandel viel lernen kann oder sogar lernen muss. Nicht nur lassen sich nicht einfach konkrete Lösungen aus der Tradition bergen, wie es ein naives Theorieverständnis annehmen mag, vielmehr ist es so, dass zentrale

Bereiche der Theorien selbst zu überdenken und zu modifizieren sind. Dies zeigt sich etwa in Bezug auf die Ausübung und Kontrolle von Herrschaft oder mit Blick auf den Wandel der Strategien des zivilen Ungehorsams. Republikanische Theorie muss hier sensibel bleiben, die Veränderungen zu verstehen suchen und ihre Antworten an eine Entwicklung anpassen, die die Kontexte gesellschaftlichen und politischen Handelns sehr weitreichend affiziert und in ihren Grundfesten verändert wie es nur in wenigen gesellschaftlichen Transformationen zuvor der Fall war.

2. Die Folie republikanischer Theorie

Das kennzeichnende und verbindende Merkmal republikanischer Theorie ist, dass sie die Ordnung der Freiheit zu etablieren sucht, das heißt, dass sie die Bedingungen der Möglichkeit freiheitlicher Politik expliziert. Ein solcher Blickwinkel erfordert neben einer prinzipiellen, die Freiheitstheorie begründenden Seite stets auch eine Form der konkreten empirischen Auseinandersetzung mit sich verändernden Bedingungen politischen Handelns, ein Verstehen der gesellschaftlichen Kontexte, in denen die Bürger eines Gemeinwesens leben, denken und handeln. Der Fokus republikanischer Theorie liegt dabei auf der Frage der kollektiven Handlungsfähigkeit von Individuen als Bürgern: In welchem Verhältnis stehen die Bürger zu ihren politischen Institutionen? Wie können Sie diese beeinflussen? Wann werden sie durch diese beherrscht?

Republikanische Theorien – von Machiavelli bis Arendt – sind reich an konkreten Erörterungen, an geschichtlichen Argumentationen und an Erfahrungswissen, was für sich schon einen wichtigen Unterschied zur analytisch-abstrakten Brille liberaler Theorie darstellt. Sie bemühen sich, eine komplexe Abwägung unterschiedlicher Kräfte im Blick auf die Frage zu leisten, inwiefern die Bürger in einer politischen Ordnung in der Lage sind, ihre Geschicke selbst zu bestimmen und ein gemeinschaftliches Leben zu organisieren. Sie argumentieren kontextbezogen und betonen die Fragilität und Endlichkeit menschlicher Institutionen sowie die Rolle von Machtkonflikten, die in jedem politischen Gemeinwesen auftreten und Wandel erzeugen (Schulz 2015).

Während die antike republikanische Theorie ihren Schwerpunkt auf die sozio-moralischen Voraussetzungen bürgerlichen Handelns legte, sprich: auf die Tugenden bzw. die Bedingungen der Sozialisation tugendhafter Bürger, wurde dieser Schwerpunkt in der Theoriegeschichte zunehmend ergänzt – teilweise sogar abgelöst – durch institutionelle Überlegungen.

Diese fragen zum einen danach, wie sich ein republikanischer Bürgersinn befördern lässt, und suchen zum anderen nach Lösungen für Situationen, in denen gegenläufige Kräfte die Bedingungen politischen Handelns unterminieren, etwa wenn eine Mehrheit ihre Position unverhältnismäßig und auf permanente Kosten einer Minderheitsposition zu realisieren sucht. Für die republikanische Analyse bedeutet dies, dass sie zu bestimmen versuchen muss, was die mittel- und langfristigen Entwicklungen sind, welche politisches Handeln prägen. Es geht nicht darum, die ideale Gestalt einer Ordnung zu bestimmen, sondern das Wechselspiel von Kräften in dieser zu reflektieren. Eine republikanische Perspektive hat insofern immer zwei Untersuchungsrichtungen: Sie erforscht, wie sich Herrschaft in einem politischen Regime realisiert, wie sie legitimiert und zu begrenzen versucht wird, und sie untersucht zugleich, wie die bürgerschaftliche Meinungs- und Willensbildung sich vollzieht, artikuliert und einbezogen wird. In beiden Richtungen werden dabei eine Vielzahl von Faktoren relevant, insbesondere aber sind es der Zugang zu Öffentlichkeit und Entscheidungsmechanismen sowie gesellschaftliche Faktoren der Erfahrung und Wahrnehmung von Politik, die für einen republikanischen Ansatz wichtig und prägend sind.

In der zeitgenössischen republikanischen Theorie lassen sich nun mehrere große Theorielinien ausmachen, die jeweils unterschiedliche Schwerpunkte legen. Ich möchte für die Zwecke dieses Aufsatzes drei zentrale Linien unterscheiden: den klassischen Republikanismus, den Neorepublikanismus und den pluralistischen Republikanismus (bzw. den Republikanismus des Dissenses).¹ Der klassische Republikanismus fokussiert auf die *res publica*, die Frage einer demokratischen Öffentlichkeit und ihrer Hervorbringung in der Deliberation der Bürger untereinander. Er schließt an die Diskussionen um den Kommunitarismus in den neunziger Jahren an, ohne sich aber auf die Bedeutung sittlicher Fundamente des Politischen zu versteifen. Vielmehr besteht eine hohe Nähe zur deliberativen Demokratietheorie (exemplarisch: Bohman 2004a), in deren Zusammenhang insbesondere thematisiert wird, welche Bedingungen gegeben sein müssen, damit öffentliche Verständigungsprozesse möglich bleiben und

1 Die Unterscheidung zwischen den drei Linien der republikanischen Theorie und vor allem mein Verständnis des Zusammenhangs und der Kompatibilität der Linien habe ich ausgeführt in dem Buch »Republikanismus und die Europäische Union« (Thiel 2012: 161ff.; vgl. außerdem: Thiel 2013; Thiel/Volk 2016b).

politisch wirksam werden. Das neorepublikanische Theorieverständnis, welches insbesondere mit dem Namen Philip Pettits (Lovett/Pettit 2009; Pettit 1999, 2012) verbunden ist, setzt hingegen mit der Frage nach Beherrschung/Nicht-Beherrschung an. Nicht-Beherrschung wird dabei als republikanisches Ideal einer politischen Ordnung ausgegeben. Sie zu erreichen bedarf es eines umfassenden Schutzes negativer Freiheiten, vor allem aber der Möglichkeit, Entscheidungen, von denen man betroffen ist, effektiv zu kontestieren und somit Willkür zu vermeiden. Pluralistische Theorien des Republikanismus schließlich legen einen analytischen Fokus auf das Wechselspiel von gesellschaftlich-sozialen Praktiken, politischen Prozeduren und rechtlichen Rahmenbedingungen.² Folge dieser Fokusverschiebung ist, dass diese Theorien weniger in Bezug auf das Erfordernis einer einheitlichen *res publica* hin gedacht werden, sondern dynamisch bestimmt sind. Pluralität und Kontingenz der politischen Ordnung gelten nunmehr als zentral, sie werden in einer dialektischen Verklammerung als Bedingung von Stabilität durch Freiheitsentfaltung bestimmt. Die Untersuchung politischer Ordnung ist in der Folge sehr viel konkreter und versucht die gegenläufigen Kräfte in einer Gesellschaft, insbesondere das Mobilisierungspotential für Gegenmacht, zu ergründen.

Die republikanische Theorieentwicklung und Ausdifferenzierung hilft zu erklären, wieso dem Republikanismus nach langen Jahren der theoriepolitischen Abwesenheit heute wieder eine so große Aktualität zukommt. In allen drei Spielarten hat sich republikanisches Denken in einer Weise entwickelt, die nicht mehr festgelegt ist auf kleinräumige, gemeinschaftlich organisierte Gemeinwesen und stark engagierte, politisch bereits eng verbundene Bürger. Die *res publica* ist kein fester Wert mehr, die Öffentlichkeit der Republik nicht mehr als eine einheitliche und ethisch-kulturell grundierte Gemeinschaft gedacht. Die Theorie hat sich vielmehr so gewandelt, dass – ohne die tragende Überzeugung der Bedeutung politischen Handelns aufzugeben – sie nun für komplexe, differenzierte und sich zunehmend transnational entwickelnde Gesellschaften ein analytisches Instrumentarium besitzt.

Trotz dieser Transformationen ist es gelungen, republikanische Ansätze weiterhin als distinkt zur liberalen Theorie zu setzen, welche – so die republikanische Kritik – vorpolitische Maßstäbe zu formulieren versucht,

2 McCormick (2011); Thiel (2015); Thiel/Volk (2016b); Tully (1999); Volk (2010, 2016).

um feste Rechte und Ansprüche zu begründen, darüber aber die Dynamik des Politischen verpasst. Das republikanische Interesse an gesellschaftlichen Praktiken sowie die Thematisierung von Herrschaft nicht in der Logik von Befehl und Eingriff, sondern als Potential und Relation sind weitere zentrale Unterschiede. Republikanische Theorien als kritische Theorien haben auf diese Weise ein umfassendes Revival erlebt – auch und gerade im Blick auf Gegenwartsfragen (Laborde 2010; Thiel/Volk 2016a).

3. Republikanisches Denken und der digitale Strukturwandel

Dies bringt uns nun zu der Frage, inwiefern sich das Vokabular des modernen Republikanismus denn dafür eignet, die sich im digitalen Strukturwandel ergebenden gesellschaftlichen Veränderungen zu erfassen und zu bewerten. Um dies zu erörtern, möchte ich zunächst republikanische Positionen und Interventionen in der bisherigen Diskussion analysieren. Diese bedienen sich überwiegend dem Vokabular des klassischen Republikanismus, setzen in jüngerer Zeit aber auch an einer neorepublikanischen Perspektive an. Im anschließenden Schritt werde ich dann etwas ausführlicher zeigen, wie auch der pluralistische Republikanismus zu einer Analyse beitragen kann.

3.1 Klassischer Republikanismus: Die Fragmentierung von Öffentlichkeit

In der sich langsam ausweitenden Literatur zu Demokratie und Digitalisierung gibt es durchaus schon seit einigen Jahren Ansätze, die sich explizit in die republikanische Tradition stellen (Bohman 2004b, 2008; Sunstein 2001, 2007, 2008). Der überwiegende Teil dieser Analysen wählt als Startpunkt die Beobachtung, dass Digitalisierung nachhaltige Veränderungen in Bezug auf die Art und Weise nach sich zieht, wie wir miteinander kommunizieren und an Politik partizipieren.

Die Intuition der meisten Autoren republikanischer Prägung ist dabei, dass die demokratiethoretischen Erwartungen, die das Anwachsen und die Unmittelbarkeit von Kommunikation wecken, trügerisch sind. Das Argument lautet zumeist, dass – obwohl Effizienzgewinne in Blick auf Partizipation und Austausch wahrscheinlich sind –, digital gestützte Kommunikation eine Vielzahl von Effekten politischer Partizipation gerade nicht reproduzieren kann, sondern vielmehr Gefahr laufe, die Fragmentierung von Gesellschaft zu vertiefen und bestehende Machtungleichgewichte zu-

gleich zu verschärfen und zu invisibilisieren (Schwarz 2014). Digitalisierung unterhöhle die demokratische Qualität eines Diskurses, da sie nicht in der gleichen Weise wie *reale* Partizipation den Aufbau von Vertrauen erlaube (Pettit 2008), vor allem aber, da sie – zumindest in unreglementierter Form – zur Bildung von Enklaven und damit zur Fragmentierung von Öffentlichkeit beitrage.³ Die Wahrnehmung, Anerkennung und Einbeziehung anderer Perspektiven, welche Voraussetzung für echten gemeinschaftlichen Austausch und das Hervorbringen kollektiv rechtfertigbarer Politiken ist, werde insofern nicht gestärkt, sondern tendenziell bedroht – und durch die mit Digitalisierung einhergehende Privatisierung wird dieser Aspekt noch einmal verstärkt.

Diese mit den Mitteln republikanischer Demokratietheorie bereits sehr früh im Diskurs artikulierte Skepsis hat sich als ungemein einflussreich erwiesen. Zumindest für den deutschsprachigen Raum gilt, dass sie neben dem Privatheits- und Datenschutzdiskurs die einflussreichste normativ-kritische Positionierung zur Digitalisierung bilden dürfte, zumal eine, die in den letzten fünf Jahren durch den Aufstieg des Populismus noch einmal an Bedeutung gewonnen hat (da zu dessen gängigen Erklärungen zählt, dass digitale Kommunikation für eine Verflachung des Diskurses und den Verlust solidarischer und demokratischer Werte ursächlich ist).

Ungeachtet der hohen Aufmerksamkeit für die Theorie sei aber angemerkt, dass in der republikanischen Demokratietheorie das Verhältnis von Öffentlichkeit und Demokratie relativ unterbestimmt ist. Während der Republikanismus gute Gründe für die Wichtigkeit eines inklusiven und rationalen Diskurses anführt, bleibt in ihm stets etwas unklar, wie die Transformation von Deliberation in Entscheidung zu denken ist. Und weil die Position schon in der Theorie wenig ausgearbeitet ist, dient republikanische Theorie häufig auch in der empirischen Erörterung nur als allgemei-

3 Diese Diagnose wird schon sehr früh und durch sehr prominente Demokratietheoretiker formuliert und verfochten (Buchstein 1997; Barber 1998; Sunstein 2001; Habermas 2008). Die heute kanonische Formulierung als Filterblasen von Eli Pariser (2011) stellt eine Erweiterung der Position dar, insofern sie sensibler ist für das algorithmische Element dieser Entwicklung; kategorial und normativ handelt es sich aber um dasselbe Argument. Zu beachten ist, dass die weite Verbreitung des Arguments im öffentlichen Diskurs nicht unbedingt gleichzusetzen ist mit der empirischen Einschätzung der Wirkung digitaler Kommunikation auf die angenommene Fragmentierung öffentlicher Meinung (Zuiderveen Borgesius et al. 2016; Harper 2017).

ner Anstoß oder implizites Vorverständnis. Anders als bei den beiden folgenden Perspektiven ist jedoch auch nur wenig Transfer des empirischen Diskurses in die Theoriedebatten zu erwarten. Weil der klassische Republikanismus stets eine nostalgische Position einnimmt, die eine aktivere Hinwendung zur *res publica* fordert, wird der empirische Diskurs nur als Ausschmückung erfahren. Er irritiert nicht, sondern bestätigt. Zugleich ist die nostalgische Haltung auch ein häufiger Gegenstand der Kritik in der theorieinternen Debatte. Der Fokus auf *der* Öffentlichkeit ist normativ wie in Hinblick auf die Veränderungen durch Globalisierung und Transnationalisierung schon oft und mit guten Gründen in Frage gestellt worden (Fraser 2007; Young 2001). Was es innerhalb der republikanischen Theorie daher zu erörtern gilt, ist, wie die mediale Infrastruktur einer Gesellschaft denn zu gestalten wäre und wie die Institutionen aufgestellt sein müssten, um eine Entwicklung von Öffentlichkeit möglich werden zu lassen, die der Demokratie förderlich ist ohne der Pluralität moderner Gesellschaften den Rücken zu kehren.

3.2 Neorepublikanismus: Überwachung und Privatheit

Die zweite Weise, in der ein explizit republikanisches Vokabular Eingang in den Diskurs gefunden hat, ist als Alternative zu den ansonsten im liberalen Register geführten Diskursen um Privatheit und Überwachung (Hoye/Monaghan 2015; Newell 2014; Roberts 2015). Das Aufdecken des umfassenden Überwachungsapparats der Five-Eyes-Geheimdienste durch Edward Snowden hat hier katalytische Wirkung auf den Diskurs gehabt, insofern es das Nachdenken über die Risiken digitaler Überwachung als sehr viel dringlicher erscheinen lässt. In der Folge der Snowden-Leaks haben gerade solche theoretischen Ansätze eine (anhaltende) Konjunktur erfahren, die es erlauben, die Asymmetrie und das Herrschaftspotential zu problematisieren, welches – auch ohne nachgewiesenen Missbrauch – in Bezug auf große Datensammlungen sowie deren algorithmischen Auswertung entsteht – ein Thema, welches zudem auch aufgrund kommerzieller Datensammlung von höchster Aktualität ist.

Ein Rückgriff auf den von Philip Pettit entwickelten Neorepublikanismus liegt hier unmittelbar auf der Hand. Schließlich unterscheiden sich nach Pettit liberale und republikanische Theorien genau darin, dass erstere lediglich in einem akuten Eingriff (*interference*) eine Reduktion von Freiheit erkennen, während für republikanische Ansätze gelte, dass diese bereits im Potential zur arbiträren Durchsetzung einer Position (*domination*)

ein Problem diagnostizieren. Nur republikanische Ansätze sind demzufolge imstande, das Problem des wohlwollenden Hegemons adäquat aufzugreifen. Der zweite Unterschied, den Pettit als zentral ausmacht und der auch im digitalen Kontext von Wichtigkeit scheint, ist, dass liberale Theorien *interference* nur zu minimieren versuchen, während republikanische Theorien die Arbitrarität von Herrschaft durch Mechanismen der Rückbindung und Legitimierung kontern, also vorbeugend und politisch, und nicht allein rechtlich argumentieren.

An einem Beispiel lässt sich erörtern, wie republikanisches Denken eine neue Schärfe und Unterscheidungskraft in den Diskurs einbringen kann: Anonymität – verstanden als Zustandsbeschreibung in einer intersubjektiven Handlungssituation, in der es unmöglich ist, eine Handlung oder Kommunikation, die selbst sichtbar ist, einem Individuum oder Subjekt korrekt zuzuordnen und es über diesen Kontext hinaus erreichbar/verantwortlich zu machen – war lange eine *de facto* Bedingung moderner Gesellschaften.⁴ Sowohl in Interaktionssituationen zwischen Bürgern (horizontale Anonymität) als auch im Verhältnis zu ressourcenstarken Institutionen (vertikale Anonymität) galt, dass Identifikation – als Gegenteil von Anonymität – nur in sehr begrenzter Weise und punktuell herzustellen war. Jenseits von genau definierten und eng begrenzten Kontexten, zum Beispiel einem Grenzübertritt, war es selbst souveränen Entitäten wie dem Staat unmöglich, größere Teile einer Bürgerschaft permanent und zuverlässig zu identifizieren. Digitalisierung hat diese durch soziale Normen und technische Begrenzung regulierte Situation vollständig und wohl unwiderruflich verändert: Die permanente Produktion digitaler Daten bewirkt, dass eine Identifikation von Personen und Handlungen jederzeit, auch rückwirkend und nicht mehr nur durch den Staat, sondern sogar durch eine Vielzahl von privaten Akteuren möglich ist (Froomkin 2015).⁵ Und diese Permanenz der Identifikation erstreckt sich längst nicht mehr

4 Ausführlichere Auseinandersetzungen mit dem Konzept, der Entwicklung und der normativen Bewertung von Anonymität habe ich an anderer Stelle vorgelegt: Thiel 2016, 2017a.

5 Die technische Entwicklung etwa im Bereich der Speicherung, Vorhaltung und Auswertung von Information (Big Data) ist sicher Treiber dieses Prozesses; ebenso wichtig sind aber soziale, ökonomische und politische Faktoren wie etwa sich verändernde Geschäftsmodelle privatwirtschaftlicher Akteure, die in Identifizierung, Verhaltensauswertung und Verhaltensvorhersage/-beeinflussung ein zentrales Erwerbsmodell entdeckt haben (Zuboff 2015).

nur auf die unmittelbar digitale Kommunikation, sondern sie wird zunehmend auch in der Erfassung unserer physischen Umwelt einzusetzen versucht (von Videoüberwachung bis zum *Internet of Things*).

Mittels des republikanischen Vokabulars lässt sich nun sehr viel besser verständlich machen, wo die Schwierigkeiten mit einer solchen umfassenden Datensammlung und -aggregation liegen. Zu den Wirkungen intensiver Datensammlung zählt nämlich nicht nur der unverhältnismäßige oder unkontrollierte Gebrauch der Überwachungsmaschinerie. Vielmehr müssen aus republikanischer Perspektive bereits sehr viel grundlegender die Effekte thematisiert werden, die das Bewusstsein der Beobachtungs- und Kontrollmöglichkeiten ausübt, zum Beispiel im Hinblick auf die Organisation kollektiven Handelns (Stahl 2016). Auch die im liberalen Denken zumeist favorisierte Lösung einer nur nach aktiver Zustimmung durch die Individuen erlaubten Profilbildung und Datenverarbeitung, erscheint aus republikanischer Sicht (wie in der gegenwärtigen Praxis) als unzureichend: Schließlich steckt hinter der freiwilligen Einwilligung doch sehr oft der indirekte Zwang, den notwendigen Zugang zu einer privatisierten Öffentlichkeit zu erhalten (Barocas/Nissenbaum 2014). So erweist sich republikanisches Denken als sensibel für Phänomene wie Selbstzensur und die subtilen Veränderungen eines von ökonomischen Interessen modifizierten öffentlichen Raums, der zunehmend anfälliger wird für die Ausbreitung umfassender und permanenter Beherrschungssituationen.

In der detaillierteren Auseinandersetzung zeigt sich jedoch auch hier, dass das republikanische Vokabular, insbesondere wenn es sich eng an den Theoremen Philip Pettits orientiert, in Beschreibung wie Analyse klare Grenzen aufweist. Ein erster Einwand ist darin zu sehen, dass in der neorepublikanischen Kritik des Liberalismus dieser sehr holschnittartig und unfair rezipiert wird. So lässt sich auch mit einem explizit liberalen Vokabular eine so umfassende wie überzeugende Kritik überbordender Datensammlung formulieren.⁶ Mehr noch, es besteht der Verdacht, dass durch den Fokus auf negative Freiheit im neorepublikanischen Vokabular die Frage unterschätzt wird, unter welchen Bedingungen politisches Handeln und die Hinterfragung von Machtpositionen sich eigentlich wirklich er-

6 Demonstriert etwa durch Beate Rössler (2001; Rössler/Mokrosinska 2013) oder Daniel J. Solove (2010).

eignet, das neorepublikanische Vokabular also letztlich nur ein liberales Argument macht.⁷

Ein zweiter Einwand bezieht sich auf den Herrschaftsbegriff selbst: Dieser wird im neorepublikanischen Vokabular ganz überwiegend als formale Relation von Befehlsgebern und Gehorchenden gedacht, er ist damit zumindest implizit personal- oder gruppenbezogenen. Die Rede von Über- und Unterordnung und der Fokus auf der Verhinderung von Willkür illustrieren dies. Damit aber wird Herrschaft zu einem relativ statischen Phänomen, und es geraten gerade jene Phänomene aus dem Blick wie die algorithmische Ausübung von Herrschaft, die tatsächlich Einschnitte darstellen in die Weise, wie Herrschaft sich realisiert. Die *surveillance studies*, die meist mittels eines an Foucault geschulten Denkens die Praxen von Überwachung beschreiben und Subjektivierungsmechanismen herausarbeiten, haben zumindest in Bezug auf die Deskription hier oft ein adäquateres und differenzierteres Vokabular zur Verfügung (Sprenger 2015) – ein Vokabular, das allerdings nur schwer mit der analytischen Ausrichtung des Neorepublikanismus zu verbinden ist (Hoye/Monaghan 2015).

Mit diesem Einwand verbunden ist, drittens, noch die Feststellung, dass die im neorepublikanischen Konzept entwickelten Möglichkeiten der Kontrolle und Rückbindung bzw. Programmierung von Herrschaft höchstens in ihrer abstraktesten Form als passend erscheinen. Angesichts der diffusen Form der Ausübung von Herrschaft, der hohen Bedeutung von infrastrukturellen Gegebenheiten und Designentscheidungen und der oftmals von Menschen kaum nachzuvollziehenden Weise, wie Entscheidungen gefällt werden, ist die explizit personale Verantwortungszuschreibung des Neorepublikanismus eher unpassend. Hier liegt ein klarer Fall davon vor, dass es durch die Auseinandersetzung mit der empirischen Entwicklung notwendig wird, theoretische Prämissen neu zu denken und zu aktualisieren. Da das Herrschaftspotential staatlicher wie auch privater Macht zugleich anwächst und schwerer fassbar wird, sind Forderungen nach Transparenz und Begrenzung nur ein erster Schritt in der Formulierung einer republikanischen Position. Von dieser Ausgangsposition muss sie so modifiziert werden, dass nicht mehr nur die Herrschaft von Personen oder

7 Die scheiternde Abgrenzung zum liberalen Verständnis von Politik ist dabei eine gängige Kritik, die auch jenseits des konkreten Anwendungskontextes wie in diesem Fall der Digitalisierung häufig erhoben wird: Celikates 2010; McCormick 2013; Thompson 2013; Busen/Thiel 2014.

Personengruppen als bedrohlich gilt, sondern das Potential zur Beherrschung direkter adressiert werden kann, also auch Infrastrukturen, Objekte oder Algorithmen zur Sprache kommen.

Die beiden nun kurz vorgestellten Anwendungen republikanischer Theorie zeigen beide bereits den Wert politiktheoretischer Auseinandersetzung mit Digitalisierung. Theorie fungiert hier als Stichwortgeber wie auch als Reservoir von Argumenten und zeichnet sich durch eine frühe Thematisierung von Aspekten aus, die in der öffentlichen Diskussion erst sehr viel später und anlässlich konkreter Ereignisse artikuliert werden. Auch in der umgekehrten Richtung hat sich gezeigt, dass die republikanische Theoriediskussion von der engen Auseinandersetzung mit dem digitalen Strukturwandel profitiert, da sich in Bezug auf zentrale Kategorien wie Herrschaft und Öffentlichkeit Veränderungen vollziehen, die blinde Flecken der Theorien offenbaren und die selbst wieder der Reflexion zugeführt werden müssen, wenn Theorien für die Gegenwart relevant bleiben wollen.

Im Folgenden möchte ich mich nun daher auch noch der dritten großen Linie zeitgenössischen republikanischen Denkens zuwenden. Diese hat bisher weder eigene Beiträge zum digitalen Strukturwandel hervorgebracht, noch ist sie in der empirischen Diskussion explizit rezipiert worden. Hier gilt es insofern viel grundsätzlicher zu ergründen, inwiefern auch aus dieser Perspektive relevante, die direkte Auseinandersetzung transzendierende und informierende Aspekte zu generieren sind (wie natürlich auch, was die Auseinandersetzung für die Theoriebildung an Erkenntnissen verheißt).

4. Pluralistischer Republikanismus: Gegenmacht und politisches Handeln

Ein pluralistisches Verständnis republikanischer Theorie erkennt in der Möglichkeit, dass sich jederzeit neue und alternative Machtkonstellationen innerhalb eines politischen Systems bilden, das zentrale Kennzeichen einer guten politischen Ordnung. Der Kampf um die *res publica* ist ein kontinuierlicher Prozess, in dem stets um Zustimmung und neue Ideen geworben wird und in dem – mit Claude Lefort (1990) gesprochen – der Ort der Macht bewusst leer zu lassen ist. Das heißt zunächst einmal, dass die Institutionen einer politischen Ordnung so beschaffen sein müssen, dass sie eine permanente, auch konfliktive Aushandlung erlauben. In der republikanischen Tradition hat dies zu einem Fokus auf institutionelle Ver-

schränkungen geführt, die prozedurale Kontrolle von Macht, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit oder auch der effektive Schutz von Meinungsfreiheit sind zentrale Pfeiler republikanischen Denkens. Mit Blick auf die Analyse des digitalen Strukturwandels sind die institutionellen Aspekte des pluralistischen Republikanismus aber wenig spezifisch.⁸ Was es vielmehr in den Blick zu nehmen gilt, ist eine zweite, *weiche* Dimension, wie sie etwa in der politischen Theorie Hannah Arendts gleichrangig mit den institutionellen Fragen diskutiert wird: die Frage der gesellschaftlichen Einbettung von Politik, deren Wahrnehmung und die Erfahrung, an politischen Prozessen teilzuhaben, Meinung zu äußern, Meinung zu bilden und Meinung zu ändern. In Bezug auf diese Aspekte sind eben nicht nur formale Zugangsrechte wichtig, wie sie der Liberalismus stark macht, sondern auch oder sogar gerade allgemeinere Elemente gesellschaftlichen Zusammenlebens: Inwiefern bringt eine politische Ordnung meinungs- und artikulationsfähige Subjekte hervor? Wie gut gelingen in ihr die kollektive Organisation und der Austausch von Meinungen? Oder umgekehrt: Was unterbindet gesellschaftliche Kommunikation, entmutigt Individuen oder frustriert politisches Handeln?

Dass digitaler Wandel dabei direkt auf die sozialen Praktiken des Politischen wirkt, ist leicht nachzuvollziehen und vielfach dokumentiert (Florida 2014; Greenfield 2017). Im Folgenden gilt es daher zu schauen, wie Digitalisierung die politischen Praktiken von Individuen verändert. Dies soll auf zwei Ebenen nachvollzogen werden: Konkret mit Blick auf die Frage, wie digitale Vernetzung kollektives politisches Handeln zu organisieren

8 Der Beitrag von Daniel Kuchler in diesem Band stellt hierzu gewissermaßen ein Gegenargument dar. In ihm referiert Kuchler, wie institutionell abzusichernde Informationsrechte der BürgerInnen gegenüber dem Staat durch den digitalen Strukturwandel ermöglicht werden können. Sein Argument ist – verkürzt gesagt –, dass ein allgemeiner und nicht vorgefilterter Zugang eine Art Bedingung der Möglichkeit von Selbstregierung ist. Kuchler fordert also umfassende Transparenz und die Möglichkeit des horizontalen Austauschs der BürgerInnen untereinander, was nach seiner Ausarbeitung eine notwendige, wenn nicht gar hinreichende Bedingung für die Bildung von Gegenmacht ist. Während ich Kuchler zustimme, dass Transparenz und Publizität von größtem Wert für den demokratischen Diskurs sind, würde ich ihm gegenüber einwenden, dass sie auch zusammengekommen nur ein kleiner Baustein einer republikanischen Position sein können. Transparenz und politisches Engagement scheinen mir nicht in dem Maße zusammenzufallen, wie es sein Artikel suggeriert. Politisches Handeln ist vielmehr von einer Vielzahl weiterer Faktoren abhängig, von denen ich einige in der folgenden Analyse anführen will.

hilft; abstrakt mit Blick darauf, wie die Möglichkeiten des Digitalen die Emergenz neuer Öffentlichkeiten befördern und eine digitale Kultur prägen.

4.1 Die Organisation politischen Handelns

Kollektives politisches Handeln in der Zeit vor der digitalen Transformation ist in vielerlei Hinsicht äußerst voraussetzungsvoll und riskant. Es geht mit hohen Kosten und Beschränkungen einher, was für lange Zeiten gleichbedeutend war mit einer Konzentration auf kleinräumige, vertrauensbasierte Kontexte. Um diese Beschränkungen zu überwinden bedarf es im Regelfall hierarchisch strukturierter und als Gatekeeper fungierender Organisationen, die in der Lage sind Anreize zu setzen, Kosten umzuverteilen und Stabilität zu sichern. Die durch Digitalisierung sich ergebende Senkung von Kommunikations- und Transaktionskosten und veränderte Möglichkeiten der asynchronen Organisation sowie des Managements von Diversität bedeuten diesbezüglich einen tiefgreifenden Umbruch. Ein Umbruch, der sich im Feld des politischen Aktivismus besonders deutlich nachzeichnen lässt.⁹ Auf drei zentrale Veränderungen möchte ich dabei im Folgenden gesondert eingehen: *konnektives Handeln*, also die Entstehung sehr loser und breiter, aber doch effektiver Bewegungsstrukturen, *präfigurative Strategien* des Protests und Entwicklungen im Feld des *zivilen Ungehorsams*.

Der erste Punkt, der in der Forschung häufig mit dem von Lance Bennett und Alexandra Segerberg (2013) geprägten Begriff des *konnektiven Handelns* bezeichnet wird, erklärt, wieso Mobilisierung für Protest heute nicht mehr so abhängig ist von zentraler Organisation und einer weitgehenden inhaltlichen Übereinstimmung der den Protest tragenden Organisationen. *Konnektives Handeln* bezeichnet vielmehr die lose Organisation, in der Protest über soziale Netzwerke und weniger über die ihn initiiierenden Akteure koordiniert wird. Die Schwelle für Beteiligung sinkt, was zugleich sehr effiziente Strategien zur Generierung von öffentlicher Aufmerksamkeit ermöglicht. Gerade die schnelle Mobilisierung großer und diverser Gruppen hat sich dabei als effektiv erwiesen, um den vermachte-

9 Einschlägige Studien sind etwa: Shirky 2008; Earl/Kimport 2011; Bennett/Segerberg 2013; Zuckerman 2014.

ten Betrieb moderner Politik in liberalen Demokratien kurzfristig aufzubrechen und marginalisierten Themen Aufmerksamkeit zu verschaffen. (Gegen-)Macht in einer digitalen Gesellschaft kann sich auch anders formieren als allein über feste Organisation und über Zeit anwachsenden Einfluss. Beispiele für ein solches Handeln sind etwa über Hashtags organisierte Kampagnen wie #aufschrei oder #BlackLivesMatter.¹⁰ Auch mit Blick auf zivilgesellschaftliche Organisationen (zum Beispiel NGOs) und konventionelle Formen der Artikulation von Gegenmacht (etwa Petitionen) lässt sich festhalten, dass sinkende Transaktionskosten die Transformation von Organisationsformen mit sich bringen und dabei tendenziell zu mehr politischer Aktion führen (Earl/Kimport 2011). So bewirkt der digitale Strukturwandel hier insgesamt, dass Bürgern neue und bessere Möglichkeiten zur Verfügung stehen, ihre Anliegen in Austausch zu bringen, für diese zu mobilisieren, sie gesellschaftsweit zu artikulieren und auch zu dokumentieren. Digitalisierung wirkt hier als eine treibende Kraft, die dazu beiträgt, dass Protest in etablierten Demokratien über Zeit zunimmt und sich auf immer mehr Themen richtet.¹¹

Eine zweite Veränderung lässt sich in der Art und Weise erkennen, wie sich Straßenprotest im öffentlichen Raum realisiert, was die Weiterentwicklung und Prominenz von Platzbesetzungen deutlich macht. Das transnationale »movement of the squares«, welchem etwa die *Indignados* oder *Occupy Wall Street* zuzurechnen sind, unterscheidet sich von vorangehenden Protestbewegungen nicht zuletzt dadurch, dass Besetzungen des öf-

10 Besonders viel Aufmerksamkeit haben die sich verändernden Mobilisierungschancen im Kontext autoritärer Regime erhalten, da die Dynamiken digital organisierten Protestes dazu beigetragen haben, Protest handlungsfähig und zugleich schwer kontrollierbar zu machen (Howard/Hussain 2013; Tufekci 2017). In diesem Kontext müssen jedoch immer auch die sich entwickelnden Gegenstrategien autoritärer Regierungen beachtet werden (Morozov 2011).

11 Ein anschauliches Beispiel für diese Entwicklung ist das Feld der Netzpolitik selbst (Pohle et al. 2016). In diesem *neuen* Politikfeld hat sich etwa in Deutschland in den vergangenen Jahren eine sehr lebendige Zivilgesellschaft herausgebildet, die in einer Vielzahl von Fragen großen Einfluss auf deutsche und europäische Politik genommen hat (Beckedahl 2015; Ganz 2015). Die Bewegung zeichnet sich durch ein sehr breites Spektrum an Aktionsformen, von der Parteiwerdung über Massendemonstrationen bis hin zu digitalen Einflussnahmen, *Leaks* und ähnlichem, aus (Thiel 2017b). Ihr Wachstum, ihre erfolgreiche Kommunikation mit der etablierten Politik und ihre transnationale Komponente illustrieren, wie sich neue Bürgerrechtsbewegungen konstituieren und erfolgreich sind.

fentlichen Raums nicht nur über längere Zeit vorgenommen werden, sondern dass deren Ziel weniger in der Artikulation von Forderungen als im Aufbau alternativer Strukturen zu sehen ist (Gerbaudo 2017a, 2017b). Diese Proteste werden in der Literatur daher als *präfigurativ* beschrieben. Sie erinnern zwar an frühere Protestformen, etwa die Kommunenbewegung, allerdings sind sie vermittels der von Aktivisten massiv eingesetzten digitalen Instrumente sehr viel inklusiver und weiträumiger (Juris 2008; Maeckelbergh 2011). Die Netzwerklogik ist diesen Protestformen tief eingeschrieben, was zeigt, wie digitale Kommunikation unmittelbar prägend für das Experiment selbstbestimmter Formen der Gemeinschaft wird. Und woraus sich auch ergibt, dass diesen Formen eine konstruktive Seite eigen ist, in der sich ein gesellschaftliches Lernen realisieren lässt – ein Aspekt, der auch für sich eng verbunden ist mit dem republikanischen Anspruch an Politik.

Eine dritte einschlägige Entwicklung sind Veränderungen in der *Praxis des zivilen Ungehorsams*. Dieser in der liberalen wie der republikanischen Theorie besonders ausgezeichnete Modus politischer Auseinandersetzung wird oft als Markierung für die demokratische Qualität einer politischen Ordnung verwendet. In der Zuschreibung einer Aktion als ziviler Ungehorsam liegt eine ungeheure performative Kraft. Digitalisierung hat nun eine Vielzahl neuer Protestformen hervorgebracht, um deren Einordnung als ziviler Ungehorsam gestritten wird.¹² Praktiken wie *Hacking*, *DDoS-Attacken* oder *Leaking* zelebrieren die symbolische Kraft des Rechtsbruchs und formulieren häufig einen explizit demokratisierenden Anspruch (Coleman 2017; Milan 2015). Zugleich unterscheiden sich diese Aktionsformen aber deutlich von den *offline*-Varianten zivilen Ungehorsams, da sie mit Blick auf Merkmale wie die Übernahme von (rechtlicher) Verantwortung anders zu diskutieren sind. Der pluralistische Republikanismus, der zivilen Ungehorsam als eine innovative Quelle von Gegenmacht diskutiert, stellt hier andere Einordnungsmöglichkeiten bereit als der Liberalismus, der im Anschluss an Rawls zivilen Ungehorsam allein als letztinstanzliche und stark reglementierte Korrekturmöglichkeit zu akzeptieren bereit ist (Celikates 2016). Der pluralistische Republikanismus bietet hingegen ein Vokabular, das es erlaubt, die Veränderungen der Art

12 Artikel, die diese Frage erörtern, sind etwa: Kleger/Makswitat 2014; Scheuermann 2014; Züger 2014; Celikates 2015; vgl. außerdem Züger et al. in diesem Band.

und Weise wie konfrontiert wird (aber auch wie diesem Protest begegnet wird), differenzierter und mit Blick auf die Auswirkungen auf demokratische Praxis zu diskutieren. So lassen sich einzelne Instanzen und Formen des Protests besser begründet rechtfertigen oder zurückweisen anstatt nur eine kategoriale Sortierung mittels immer unpassender werdender Eigenschaften vornehmen zu können.

4.2 Die Emergenz neuer Öffentlichkeiten und einer digitalen Kultur

Die Wirkungen des digitalen Strukturwandels sind nicht beschränkt auf die nun beschriebenen, strategischen und organisatorischen Aspekte politischen Handelns. Ebenso wichtig ist die allgemeine Emergenz neuer Kommunikations- und Sozialisationszusammenhänge. Dass diese entstehen, hängt mit den besonderen, von einer analogen Welt qualitativ verschiedenen Eigenschaften digitaler Daten zusammen: deren Immaterialität, der Ortsungebundenheit von Kommunikation, den Möglichkeiten kreativer Veränderung und kostenfreier Vervielfältigung sowie der gleichzeitigen und kollaborativen Nutzung von Diensten, Daten, Programmen und Informationen. Diese Eigenschaften von Digitalität sind Pfeiler, auf denen eine neu entstehenden »Kultur der Digitalität« aufbaut (Stalder 2016). Diese hat vielfältige Berührungspunkte mit republikanischer Theorie, wie ich erneut an drei exemplarischen Aspekten zeigen möchte: Der *Referenzialität und Gemeinschaftlichkeit* digitaler Kultur, Räumen *horizontaler Anonymität* und *ökonomischen Transformationen*.

Die neu entstehende Kultur der Digitalität nach Felix Stalder ist durch drei zentrale Eigenschaften des Digitalen geprägt: Referenzialität, Gemeinschaftlichkeit und Algorithmizität. *Referenzialität und Gemeinschaftlichkeit* stehen dabei in direkter Verwandtschaft mit dem anspruchsvollen republikanischen Ideal des Miteinander-Handelns.¹³ Sie bezeichnen die

13 Algorithmizität findet hingegen keinerlei Entsprechung im republikanischen Denken und muss als in Spannung zur republikanischen Tradition stehend begriffen werden. Algorithmizität, die ein technisches Merkmal digitaler Kommunikation ist, bedeutet praktisch eine regelgeleitete, aber trotzdem automatisierte Komplexitätsreduktion. Diese entzieht sich den Handelnden, selbst wenn sie neue Handlungs- oder Koordinierungsmöglichkeiten schafft. In einem Verständnis von politischem Handeln, wie es etwa Arendt formuliert, muss Algorithmizität als eine Form von Entmächtigung begriffen werden. Algorithmen

ständige Nutzung und Wiedernutzung kulturellen Materials für die Produktion von Ideen im Kontext von überwältigend vielen und zugleich bedeutungsoffenen Anknüpfungspunkten. Und sie funktionieren gemeinschaftlich, da nur im kollektiven Referenzrahmen Bedeutungen stabilisiert und Handlungsoptionen generiert werden können (Stalder 2016: 13). Kennzeichnend für die digitale Kultur ist die kollektive Sinnproduktion, in der immer wieder aus sich heraus die Möglichkeit des Anschlusshandelns geschaffen wird. Ein Beispiel dafür, wie gerade auch in zunächst nicht unmittelbar politischen Zusammenhängen Gemeinschaftsformen entstehen, die politischen Charakter haben und eben nicht nur kommerzielle, hierarchische oder rein funktionale Handlungszusammenhänge darstellen, ist die *Free-and-Open-Source-Software-Bewegung*.¹⁴ Multiperspektivität und die Entstehung eines geteilten Raums, in dem Auftreten und Verweisen möglich ist und selbstverständlich wird, in dem zudem Zustimmung und Widerspruch kontinuierlich dokumentiert und diskutiert werden, sind hier evident. Und es ist nicht nur eine Frage der Tools, die diese Kultur zur Entfaltung bringen, sondern das Wechselspiel von Struktur und Aktivität, welches hier neue Öffentlichkeiten entstehen lässt (Mc Afee 2016; Munker 2009). Die in solchen Kontexten sich entwickelnden Handlungsweisen und Organisationspraxen verstärken daher solche Eigenschaften, die ein republikanisches Gemeinwesen im Ganzen für seinen Erhalt braucht und auf deren Sozialisation es angewiesen bleibt.¹⁵

regulieren dezent Zugangsmöglichkeiten, sie justieren die Wahrnehmung von Problemen oder können etwa im Fall von sozialen Netzwerken wichtige Faktoren sein, die die Fragmentierung öffentlicher Kommunikation vorantreiben (da sie Information individualisieren, selbst wenn sie Informationsverteilung begünstigen). Algorithmen stellen in dieser Perspektive verdeckte Manipulationen dar, sie technisieren soziale Beziehungen. In ihnen ist insofern ein hohes und zudem irreduzibles Beherrschungspotential angelegt. Ein republikanischer Umgang mit Algorithmizität ist jedoch nicht nur in deren Kritik vorstellbar, sondern könnte etwa auch in analoger Weise zum Umgang mit dem Repräsentationssystem gedacht werden, also als Forderung, eine prinzipielle Prüfung von Algorithmen zu gewährleisten.

14 Arbeiten, die den politischen Charakter herausarbeiten, sind etwa: Kelty 2005; Coleman 2012; Benkler 2013; Powell 2016.

15 Einen wichtigen Einwand hiergegen formuliert César Rendueles (2015) in seinem Buch »Soziophobie«. In diesem versucht er darzulegen, dass sich die digitalen Praktiken der Vernetzung deutlich von politischen Praktiken der Solidarität unterscheiden. Vernetzung könne nicht als alternatives linkes Ideal gelten,

Ein zweiter Aspekt, an dem sich eine aus republikanischer Perspektive demokratierelevante Entwicklung des digitalen Strukturwandels festmachen lässt, ist das Element *horizontaler Anonymität*. Die Möglichkeit und kulturelle Akzeptanz zumindest gegenüber großen diffusen Öffentlichkeiten anonym oder pseudonym zu bleiben, ist in der Netzkultur ausgeprägt und geht weit über ältere analoge Kontexte hinaus.¹⁶ Digitale Kommunikation ist durch ihre Vermitteltheit – ausgedrückt etwa in der IP-Adresse – stets in einem gewissen Sinne pseudonym und die durch Digitalität möglich werdende örtliche Ungebundenheit und zeitliche Asynchronität verstärken den Eindruck noch. Anonym strukturierte Kommunikationssituationen weisen nun mehrere Besonderheiten auf, die sie mit der republikanischen Vorstellung politischen Handelns auf den ersten Blick unverträglich machen: in ihnen fehlt es etwa an der Möglichkeit sich auszuzeichnen und für etwas mit der ganzen Person einzustehen. Unverbindlichkeit und Verantwortungslosigkeit sind daher auch häufig die ersten mit Anonymität assoziierten Erwartungen. Und doch lohnt sich bezüglich horizontaler Anonymität die Reflexion der republikanischen Position, da schnell evident wird, dass in diesen Situationen, ihrer Ausweitung und Sicherung, auch ein großes politisches Potential steckt. Gerade weil in einer anonymen Situation abstrahiert wird von der Person, von Macht und Abhängigkeiten, kann Anonymität und Anonymisierung die Bildung von Gegenmacht befördern (de Zeeuw 2017; Helm 2017). Eine Wirkung, die besonders in Bezug auf marginalisierte Gruppen von großer Bedeutung ist, und für viele Kontexte gar als Bedingung dafür gelten darf, dass Gruppen eine Identität ausbilden und sich zu kollektivem Handeln verabreden.¹⁷ Inwie-

sie befördere Individualisierung und verhindere das Machen politischer Erfahrungen.

- 16 Die Vorstellung, dass digitale Vernetzung als eine Art Anonymisierungsmaschine wirkt, stammt aus der Frühphase des Netzes. Sie findet ihren Ausdruck in der berühmten Karikatur von Peter Steiner »On the Internet, nobody knows you're a dog«. Im Zuge der zunehmenden Identifizierungspraxis von kommerziellen und staatlichen Akteuren hat sich diese Vorstellung teilweise verkehrt. So wird digitale Kommunikation heute häufig als ein Gläsern-werden beschrieben (siehe oben). Der Verlust vertikaler Anonymität (also von Anonymität gegenüber ressourcenstarken Akteuren) bedeutet aber noch nicht, dass horizontale Anonymität nicht möglich ist und wichtig bleibt (Thiel 2016, 2017a).
- 17 Die *Anti-Celebrity*-Kultur, die häufig mit anonymen Kontexten einhergeht (etwa *Anonymous*), ist in einer republikanischen Perspektive von Interesse, da sie

fern man dabei so weit gehen sollte, digitale Kommunikation und die durch sie angestoßenen Entwicklungen zur Grundlage einer neuen politischen Subjektivität zu erklären (de Lagasnerie 2016), muss zwar offenbleiben, aber dass in Hinblick auf soziale und politische Kreativität beachtliche Möglichkeiten entstehen und Anonymität Handlungsmöglichkeiten jenseits von Wettbewerb, Kommerzialisierung und Hierarchisierung generiert, zeigt deren theoretisches Potential.

Der dritte Aspekt, der im Hinblick auf republikanische Diskussionsmöglichkeiten einer sich herausbildenden digitalen Kultur noch angeschnitten werden soll, ist noch einmal völlig anders gelagert: Er bezieht sich auf die durch Digitalität möglich werdenden *ökonomischen Transformationen*. Diesbezüglich ist es wichtig zu erinnern, dass ideengeschichtlich der Niedergang der klassischen Theorie des Republikanismus eng damit verknüpft ist, dass es der liberalen Theorie im Übergang zur Moderne gelang, überzeugendere Antworten auf die Durchsetzung der kapitalistischen Organisationsform und den gesellschaftlichen Wandel im Zuge der Industrialisierung zu formulieren. Neue Strukturen (etwa im Bereich der Erwerbsarbeit), neue Problemlagen (zum Beispiel die ökologische Frage) und die Durchsetzung des Prinzips der Nationalstaaten ließen die auf den Primat der Politik bedachte republikanische Theorie als ungeeignet für sich differenzierende Gesellschaften erscheinen. Der zumindest potentielle Wandel fundamentaler Grundlagen der Ökonomie unter dem Vorzeichen der Digitalisierung kann insofern auch eine Chance darstellen, vorausgesetzt – und dies ist zugegebenermaßen eine unter gegenwärtigen Bedingungen weit hergeholte Annahme – die durch Digitalisierung begünstigte ökonomischen Transformation vollzieht sich eher entlang der in der Logik des Digitalen angelegten Möglichkeiten von Vervielfältigung und Kollaboration als an den bisher durchgesetzten Formen der Datenwirtschaft. Die Potentiale eines demokratischen Wandels lägen dann in den wachsenden Möglichkeiten von Koordination und Selbstorganisation. Aus ihnen ließe sich eine Entwicklung ableiten, die eine Abkehr von einer kapitalistischen Leistungs- und Wettbewerbslogik möglich erscheinen lässt.¹⁸ Veränderungen im Feld der Ökonomie würden so auf längere Sicht

zeigt, dass auch Motivationen jenseits des Auszeichnens und der Ehre für das Gemeinwesen motivierende Elemente sein können.

18 Für die Wahrscheinlichkeit und die Chancen einer solchen Entwicklung argumentieren etwa: Benkler 2006, 2013; Mason 2015.

dazu beitragen, wieder stärker zur Gleichheitsannahme der Bürger zurückkehren zu können und Solidarität gerade durch politische Erfahrung in jener Sphäre zu generieren, die im industriellen Kapitalismus die Sphäre von Eigeninteresse und Konkurrenz darstellt (Benkler/Nissenbaum 2006).¹⁹

Da in der Linie des pluralistischen Republikanismus noch keine bzw. kaum eigenständige Theoriearbeiten vorliegen, habe ich im Voranstehenden sechs exemplarische Möglichkeiten beleuchtet, den digitalen Strukturwandel und seine demokratietheoretischen Folgen in dessen Vokabular zu erörtern. Die sechs kurzen Studien zeigen, dass in der Perspektive des pluralistischen Republikanismus noch einmal ganz andere Facetten des digitalen Strukturwandels relevant werden, als dies im klassischen oder neorepublikanischen Ansatz oder gar der liberalen Theorie der Fall ist. Der Fokus auf der Möglichkeit, der Praxis und der Dynamik von Gegenmachtbildung erlaubt es, den Fokus auf die Deliberativität und Rationalität der allgemeinen Öffentlichkeit aufzubrechen und stärker nachzuvollziehen, inwiefern in einer Gesellschaft nach dem digitalen Strukturwandel zu erwarten ist, dass Politik mit den Bürgern eines Gemeinwesens gemacht wird oder nur für sie.

Die oben ausgewählten exemplarischen Erörterungen haben dabei bewusst positive Anknüpfungspunkte des digitalen Strukturwandels offengelegt. So zeigt sich, dass republikanische Ansätze nicht allein nostalgisch-kritisch zu sein haben. Dies lässt sich allerdings nicht als pauschales Urteil über die sich real vollziehende Digitalisierung lesen. Bezüglich dieser ist es selbstverständlich auch in der Perspektive des pluralistischen Republikanismus notwendig, Möglichkeiten und Entwicklungen ins Verhältnis zu setzen. Die Möglichkeiten der Gegenmachtbildung lassen sich insofern nicht einfach isoliert von den Mechanismen untersuchen, die Beherrschung befördern und vertiefen. Nimmt man diese Entwicklungen zusätzlich in den Blick, so wird klar, dass auch ein pluralistischer Republikanis-

19 Diese Gleichheitsannahme und die Ungebundenheit der Bürger an den ökonomischen Prozess ist eine für viele Varianten des Republikanismus kennzeichnende Forderung. Zu beachten ist, dass ideengeschichtlich deren Formulierung lange daran gebunden war, dass extreme Ungleichheiten aus der Betrachtung ausgeblendet wurden: die griechischen Sklaven, die Schwarzen in der amerikanischen Revolution oder Frauen zu allen Zeiten der Geschichte, um nur einige Beispiele zu nennen.

mus einen hohen Bedarf an politischer Steuerung und institutioneller Sicherung zu begründen hilft, gerade um den positiven Möglichkeiten der Digitalisierung zu einer Realität zu verhelfen.

Während die Perspektive, die der pluralistische Republikanismus etabliert, für den Diskurs relevant und interessant zu sein scheint, ist in der obigen Behandlung zugleich noch einmal und mit Nachdruck deutlich geworden, dass die umgekehrte Richtung, die Informierung der Theorie durch eine intensive Auseinandersetzung mit gesellschaftlicher Praxis, von größter Bedeutung ist. In Bezug auf zivilen Ungehorsam, Anonymität oder ökonomische Transformationen etwa sind die sich verändernden Möglichkeiten und Handlungsweisen ein deutliches Zeichen, dass die in früheren theoretischen Auseinandersetzungen getroffenen Wertungen zu reflektieren und gegebenenfalls zu modifizieren sind. Häufig bedeutet der Rückgriff auf das Vokabular der Theorie hier wenig mehr als einen Anlass, sich in einer dezidiert normativen und demokratiebezogenen Weise mit einer gesellschaftlichen Entwicklung auseinanderzusetzen.

5. Schlussbemerkung

Die vorangehende Auseinandersetzung hatte die Absicht zu zeigen, dass republikanische Theorie eine distinkte und relevante Möglichkeit darstellt, den digitalen Strukturwandel demokratietheoretisch zu diskutieren und zu bewerten. Sie sollte somit eine Antwort auf die Frage nach der Rolle Politischer Theorie in der gegenwärtigen Transformation von Gesellschaften geben. Das Ausarbeiten des Forschungsstandes und die exemplarisch unternommene Prüfung einer alternativen Perspektive auf Grundlage der Theorie des pluralistischen Republikanismus hat mehrere Ergebnisse erbracht: Fraglos ist es zunächst einmal so, dass die in der republikanischen Theorie aufgeworfenen Fragen und Annahmen durch Digitalisierung keineswegs obsolet werden, sie sind vielmehr umso dringlicher. In ihrer Differenz zum liberalen Mainstream hat die republikanische Theorie dabei gute Chancen, wichtige Positionen in der empirischen Debatte zu informieren. Die durch sie hervorgehobenen Entwicklungen stellen eigenständige Aspekte des digitalen Strukturwandels heraus und in den normativen Diskussionen um diese Aspekte fehlt derzeit oft noch ein passendes demokratietheoretisches Angebot, um die Debatte weniger assoziativ zu machen.

Zugleich hat sich aber deutlich gezeigt, dass die Theorieangebote kaum als Werkzeugkasten zu sehen sind. Die Positionen von klassischem Repub-

likanismus und Neorepublikanismus haben zwar etwa dazu beigetragen, Debatten zu initiieren und Aufmerksamkeit für gesellschaftliche Entwicklungen zu schärfen, sie sind aber in ihren Aussagen sehr allgemein geblieben. Ihr jeweiliges Theorievokabular stellt kaum mehr als einen Ausgangspunkt für die Auseinandersetzung dar, und bereits für die adäquate Beschreibung der sich vollziehenden Entwicklungen sind häufig andere Vokabulare geeigneter, die etwa nicht auf eine relativ einheitliche öffentliche Sphäre setzen oder Herrschaft als personale Qualität und dauerhafte Über/-unterordnung verstehen. Der pluralistische Republikanismus hat auf die Defizite der beiden anderen Theorien bedeutsame theoretische Einwände formuliert, die es möglich machen, Republikanismus breiter als Gesellschaftstheorie zu lesen und diesen mit einer größeren Menge von Phänomenen zu konfrontieren. Sein Schwerpunkt auf Gegenmachtbildung ist in der Debatte um Digitalisierung informativ und relevant, er ist aber noch eindeutiger partiell als es bei den beiden anderen Theorien schon der Fall ist. Der pluralistische Republikanismus bedarf dabei zum einen der analytischen Ergänzung durch die beiden anderen Positionen, zum anderen wurde in der Auseinandersetzung mit dieser Position vielleicht am deutlichsten, wie sehr Politische Theorie von der Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Praxis lernen kann.

Literatur

- Barber, Benjamin* 1998: Three Scenarios for the Future of Technology and Strong Democracy, in: *Political Science Quarterly* 113: 4, 573-589.
- Barocas, Solon/Nissenbaum, Helen* 2014: Big Data's End Run around Anonymity and Consent, in: Lane, Julia/Stodden, Victoria/Bender, Stefan/Nissenbaum, Helen (Hrsg.): *Privacy, Big Data, and the Public Good*, Cambridge, 44-75.
- Beckedahl, Markus* 2015: Die digitale Gesellschaft - Netzpolitik, Bürgerrechte und die Machtfrage, in: *Journal of Self-Regulation and Regulation* 1, 11-30.
- Benkler, Yochai* 2006: *The Wealth of Networks: How Social Production Transforms Markets and Freedom*, New Haven, CT.
- Benkler, Yochai* 2013: Practical Anarchism: Peer Mutualism, Market Power, and the Fallible State, in: *Politics & Society* 41: 2, 213-251.
- Benkler, Yochai/Nissenbaum, Helen* 2006: Commons-based Peer Production and Virtue, in: *Journal of Political Philosophy* 14: 4, 394-419.
- Bennett, Lance W./Segerberg, Alexandra* 2013: *The Logic of Connective Action: Digital Media and the Personalization of Contentious Politics*, Cambridge.
- Bohman, James* 2004a: Republican Cosmopolitanism, in: *The Journal of Political Philosophy* 12: 3, 336-352.

- Bohman, James* 2004b: Expanding Dialogue: The Internet, the Public Sphere and Prospects for Transnational Democracy, in: Crossley, Nick/Roberts, John Michael (Hrsg.): After Habermas. New Perspectives on the Public Sphere, Oxford, 131-155.
- Bohman, James* 2008: The Transformation of the Public Sphere: Political Authority, Communicative Freedom, and Internet Publics, in: Van den Hoven, Jeroen/Weckert, John (Hrsg.): Information Technology and Moral Philosophy, Cambridge, 66-92.
- Buchstein, Hubertus* 1997: Bytes that Bite: The Internet and Deliberative Democracy, in: Constellations 4: 2, 248-263.
- Busen, Andreas/Thiel, Thorsten* 2014: Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie: Renovierungsarbeiten am Neo-Republikanismus, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 24: 1-2, 185-204.
- Celikates, Robin* 2010: Republikanismus zwischen Politik und Recht. Ein Literaturbericht, in: Zeitschrift für philosophische Forschung 64: 1, 118-135.
- Celikates, Robin* 2015: Digital Publics, Digital Contestation. A New Structural Transformation of the Public Sphere?, in: Celikates, Robin/Kreide, Regina/Wesche, Tilo (Hrsg.): Transformations of Democracy, London, 159-174.
- Celikates, Robin* 2016: Democratizing Civil Disobedience, in: Philosophy & Social Criticism 42: 10, 982-994.
- Coleman, Gabriella* 2012: Coding Freedom: The Ethics and Aesthetics of Hacking, Princeton, NJ.
- Coleman, Gabriella* 2017: The Public Interest Hack, in: limn 8.
- de Lagasnerie, Geoffroy* 2016: Die Kunst der Revolte. Snowden, Assange, Manning, Berlin.
- de Zeeuw, Daniel* 2017: Immunity from the Image: The Right to Privacy as an Antidote to Anonymous Modernity, in: Ephemera: Theory and Politics in Organization 17: 2, 259-281.
- Earl, Jennifer/Kimport, Katrina* 2011: Digitally Enabled Social Change. Activism in the Internet Age, Boston, MA.
- Floridi, Luciano* 2014: The 4th Revolution. How the Infosphere is Reshaping Human Reality, Oxford.
- Fraser, Nancy* 2007: Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit. Legitimität und Effektivität der öffentlichen Meinung in einer postwestfälischen Welt, in: Niesen, Peter/Herborth, Benjamin (Hrsg.): Anarchie der kommunikativen Freiheit, Frankfurt/Main, 224-254.
- Froomkin, Michael A.* 2015: From Anonymity to Identification, in: Journal of Self-Regulation and Regulation 1, 121-138.
- Ganz, Kathrin* 2015: Zehn Jahre Netzbewegung. Konflikte um Privatheit im digitalen Bürgerrechtsaktivismus vor und nach Snowden, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 28: 3, 35-45.
- Gerbaudo, Paolo* 2017a: From Cyber-Autonomism to Cyber-Populism: An Ideological Analysis of the Evolution of Digital Activism, in: Triple C 15: 2, 477-489.

- Gerbaudo, Paolo* 2017b: *The Mask and the Flag. Populism, Citizenism and Global Protest*, London.
- Greenfield, Adam* 2017: *Radical Technologies. The Design of Everyday Life*, London.
- Habermas, Jürgen* 2008: Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie, in: Habermas, Jürgen (Hrsg.): *Ach, Europa*, Frankfurt/Main, 138-191.
- Harper, Tael* 2017: The Big Data Public and its Problems: Big Data and the Structural Transformation of the Public Sphere in: *New Media & Society* 19: 9, 1424-1439.
- Helm, Paula* 2017: Anonymität und Transparenz: Potentiale, Grenzen, Irrtüme, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 30: 2, 142-151.
- Howard, Philip N./Hussain, Muzamil M.* 2013: *Democracy's Fourth Wave: Digital Media and the Arab Spring*, Oxford.
- Hoye, Matthew J./Monaghan, Jeffrey* 2015: Surveillance, Freedom and the Republic, in: *European Journal of Political Theory*.
- Juris, Jeffrey S.* 2008: *Networking Futures. The Movement against Corporate Globalization*, Durham, NC.
- Kelty, Christopher* 2005: Geeks, Social Imaginaries, and Recursive Publics, in: *Cultural Anthropology* 20: 2, 185-214.
- Kleger, Heinz/Makswiat, Eric* 2014: Digitaler Ungehorsam Wie das Netz den zivilen Ungehorsam verändert, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 27: 4, 8-17.
- Laborde, Cécile* 2010: What's New, and What's Different? On the Republican Contribution to Political Theory, in: *Transnational Legal Theory* 1: 4, 639-644.
- Lefort, Claude* 1990: Die Frage der Demokratie, in: Rödel, Ulrich (Hrsg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt/Main, 281-298.
- Lovett, Frank/Pettit, Philip* 2009: Neorepublicanism: A Normative and Institutional Research Program, in: *Annual Review of Political Science* 12: 1, 11-29.
- Maeckelbergh, Marianne* 2011: Doing is Believing: Prefiguration as Strategic Practice in the Alterglobalization Movement in: *Social Movement Studies* 10: 1, 1-20.
- Mason, Paul* 2015: *PostCapitalism. A Guide to Our Future*, London.
- Mc Afee, Noelle* 2016: Acting Politically in the Digital Age, in: Allen, Danielle/Light, Jennifer S. (Hrsg.): *From Voice to Influence: Understanding Citizenship in a Digital Age*, Cambridge, MA, 273-292.
- McCormick, John P.* 2011: *Machiavellian Democracy*, Cambridge.
- McCormick, John P.* 2013: Republicanism and Democracy, in: Niederberger, Andreas/Schink, Philipp (Hrsg.): *Republicanism and Democracy*, Edinburgh, 89-128.
- Milan, Stefania* 2015: Hacktivism As a Radical Media Practice, in: Atton, Chris (Hrsg.): *Routledge Companion to Alternative and Community Media*, London, 550-560.

Thorsten Thiel

- Morozov, Evgeny 2011: *The Net Delusion. The Dark Side of Internet Freedom*, London.
- Münker, Stefan 2009: *Emergenz digitaler Öffentlichkeiten. Die Sozialen Medien im Web 2.0*, Frankfurt/Main.
- Newell, Bryce Clayton 2014: Technopolicing, Surveillance, and Citizen Oversight: A Neorepublican Theory of Liberty and Information Control, in: *Government Information Quarterly* 31: 3, 421-431.
- Pariser, Eli 2011: *The Filter Bubble. What the Internet is Hiding from You*, London.
- Pettit, Philip 1999: *Republicanism: A Theory of Freedom and Government*, Oxford.
- Pettit, Philip 2008: Trust, Reliance, and the Internet, in: Van den Hoven, Jeroen/Weckert, John (Hrsg.): *Information Technology and Moral Philosophy*, Cambridge, 161-174.
- Pettit, Philip 2012: *On the People's Terms. A Republican Theory and Model of Democracy*, Cambridge.
- Pohle, Julia/Hösl, Maximilian/Kniep, Ronja 2016: Analysing Internet Policy as a Field of Struggle, in: *Internet Policy Review* 5: 3.
- Powell, Alison 2016: Hacking in the Public Interest: Authority, Legitimacy, Means, and Ends, in: *New Media & Society* 18: 4, 600-616.
- Rendueles, César 2015: *Soziophobie. Politischer Wandel im Zeitalter der digitalen Utopie*, Berlin.
- Roberts, Andrew 2015: A Republican Account of the Value of Privacy, in: *European Journal of Political Theory* 14: 3, 320-344.
- Rössler, Beate 2001: *Der Wert des Privaten*, Frankfurt/Main.
- Rössler, Beate/Mokrosinska, Dorota 2013: Privacy and Social Interaction, in: *Philosophy & Social Criticism* 39: 8, 771-791.
- Scheuermann, William E. 2014: Whistleblowing as Civil Disobedience. The Case of Edward Snowden, in: *Philosophy & Social Criticism* 40: 7, 609-628.
- Schulz, Daniel 2015: *Die Krise des Republikanismus*, Baden-Baden.
- Schwarz, Elke 2014: @hannah_arendt: An Arendtian Critique of Online Social Networks, in: *Millennium - Journal of International Studies* 43: 1, 165-186.
- Shirky, Clay 2008: *Here Comes Everybody. The Power of Organizing without Organizations*, London.
- Solove, Daniel J. 2010: *Understanding Privacy*, Cambridge, MA.
- Sprenger, Florian 2015: *Politik der Mikroentscheidungen. Edward Snowden, Netzneutralität und die Architekturen des Internets*, Lüneburg.
- Stahl, Titus 2016: Indiscriminate Mass Surveillance and the Public Sphere, in: *Ethics and Information Technology* 18: 1, 33-39.
- Stalder, Felix 2016: *Kultur der Digitalität*, Berlin.
- Sunstein, Cass R. 2001: *Republic.com*, Princeton, NJ.
- Sunstein, Cass R. 2007: *Republic.com 2.0*, Princeton, NJ.

- Sunstein, Cass R.* 2008: Democracy and the Internet, in: Van den Hoven, Jeroen/Weckert, John (Hrsg.): Information Technology and Moral Philosophy, Cambridge, 93-110.
- Thiel, Thorsten* 2012: Republikanismus und die Europäische Union - Eine Neubestimmung des Diskurses um die Legitimität europäischen Regierens, Baden-Baden.
- Thiel, Thorsten* 2013: Politik, Freiheit und Demokratie - Hannah Arendt und der moderne Republikanismus, in: Schulze Wessel, Julia/Volk, Christian/Salzborn, Samuel (Hrsg.): Ambivalenzen der Ordnung. Der Staat im Denken Hannah Arendts, Wiesbaden, 259-282.
- Thiel, Thorsten* 2015: Opposition verfassen: Demokratie, Republikanismus und die Etablierung von Gegenmacht, in: Llanque, Marcus/Schulz, Daniel (Hrsg.): Verfassungsidee und Verfassungspolitik, Berlin, 271-292.
- Thiel, Thorsten* 2016: Anonymität und der digitale Strukturwandel der Öffentlichkeit, in: Zeitschrift für Menschenrechte 10: 1, 9-24.
- Thiel, Thorsten* 2017a: Anonymität und Demokratie, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 30: 2, 152-161.
- Thiel, Thorsten* 2017b: Turnkey Tyranny? Struggles for a New Digital Order, in: Gertheiss, Svenja/Herr, Stefanie/Wolf, Klaus Dieter/Wunderlich, Carmen (Hrsg.): Resistance and Change in World Politics, Basingstoke, 215-242.
- Thiel, Thorsten/Volk, Christian* (Hrsg.) 2016a: Die Aktualität des Republikanismus, Baden-Baden.
- Thiel, Thorsten/Volk, Christian* 2016b: Republikanismus des Dissens, in: Volk, Christian/Thiel, Thorsten (Hrsg.): Die Aktualität des Republikanismus, Baden-Baden, 345-369.
- Thompson, Michael J.* 2013: Reconstructing Republican Freedom. A Critique of the Neo-Republican Concept of Freedom as Non-Domination, in: Philosophy & Social Criticism 39: 3, 277-298.
- Tufekci, Zeynep* 2017: Twitter and Tear Gas: The Power and Fragility of Networked Protest, New Haven, CT.
- Tully, James* 1999: The Agonic Freedom of Citizens, in: Economy and Society 28: 2, 161-182.
- Volk, Christian* 2010: Die Ordnung der Freiheit. Recht und Politik im Denken Hannah Arendts, Baden-Baden.
- Volk, Christian* 2016: Towards a Critical Theory of the Political. Hannah Arendt on Power and Critique, in: Philosophy & Social Criticism 42: 6, 549-575.
- Young, Iris Marion* 2001: Activist Challenges to Deliberative Democracy, in: Political Theory 29: 5, 670-690.
- Zuboff, Shoshana* 2015: Big Other: Surveillance Capitalism and the Prospects of an Information Civilization, in: Journal of Information Technology 30: 1, 75-89.
- Zuckerman, Ethan* 2014: New Media, New Civics?, in: Policy & Internet 6: 2, 151-168.

Thorsten Thiel

Zuiderveen Borgesius, Frederik/Trilling, Damian/Möller, Judith /Bodó, Balázs /de Vreese, Claes H. /Helberger, Natali 2016: Should we worry about filter bubbles?, in: Internet Policy Review 5: 1.

Züger, Theresa 2014: Digitaler ziviler Ungehorsam. Spurensuche der Dissidenz im digitalen Zeitalter, in: Juridikum. zeitschrift für kritik | recht | gesellschaft 15: 4, 472-481.